

10. Dezember 2012
3/2012



Editorial

Von *Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.*
und *Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.*

Liebe Leserin, lieber Leser,

2013 wird ein spannendes Jahr: Wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen stehen an. Die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus. Die drohenden Auswirkungen der europäischen Finanzkrise auf die Konjunktur und damit auf die Sozialversicherungen trüben die Aussicht. Gründe genug, um nach vorne zu schauen und eine Diskussion anzustoßen. Wir werden deshalb die Taktfrequenz des **BLIKKWINKEL** vorübergehend erhöhen und Ihnen das aktuelle Positionspapier des IKK e.V. zum Wahljahr 2013 näher bringen.



Von der Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen und von der Selbstverwaltung gemeinsam erarbeitet, wirft das Papier einen Blick auf die zukünftigen Herausforderungen, die auf das deutsche Gesundheitssystem und die gesetzliche Krankenversicherung warten.

Wir freuen uns auf einen konstruktiv-kritischen Dialog mit Ihnen!

Herzlichst,



Interview zum Positionspapier mit Jürgen Hohnl, Geschäftsführer IKK e.V.

BLIKKWINKEL: Herr Hohnl, der IKK e.V. hat als erste Kassenart ein Positionspapier veröffentlicht. Was wollen Sie damit bewirken?

JÜRGEN HOHNL: Wir sind der festen Überzeugung, dass wir den Herausforderungen

im Gesundheitswesen nur durch eine offene und breit angelegte Diskussion und nicht nur parteitaktisch oder tagesaktuell getrieben begegnen können. Auch wir haben nicht immer den Schaltplan, aber mit einer gemeinsamen Zielausrichtung kann man an den Antworten arbeiten.

BLIKKWINKEL: Welcher Punkt ist Ihrer Ansicht nach der wichtigste im Positionspapier?

JÜRGEN HOHNL: Das wichtigste Ziel muss es immer sein, weiterhin eine gute Versorgung für die Menschen zu gewähr-

leisten. Das muss nachhaltig und solidarisch finanziert werden. Diese Hauptziele sind nur zu erreichen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir brauchen eine starke Selbstverwaltung, die genau dies gestaltet, wir brauchen Patienten und Versicherte, die in diesem System mit Rechten ausgestattet sind.

BLIKKWINKEL: Welche Vorstellungen haben die IKKn zur Finanzierung?

JÜRGEN HOHNL: Zunächst einmal gehört zum Selbstverwaltungsprinzip die Beitragssatzautonomie der Kassen. Die aktuelle Konstruktion des Zusatzbeitrages ist eine Persiflage der Beitragssatzautonomie. Und dann möchten wir an einer spürbaren Entlastung von personalintensiven Betrieben arbeiten, denn wir sind eine handwerklich orientierte Kassenfamilie. Unsere Forderung: Eine Solidarabgabe von nicht-personalintensiven und ertragsstarken Unternehmen.

BLIKKWINKEL: Vielen Dank, Herr Hohnl.

Positionspapier des IKK e.V.

Anforderungen an eine nachhaltige Gesundheitspolitik

- Finanzierungsbasis verbreitern – Verschiebebahnhöfe beenden
- Morbi-RSA: Akzeptanz erhalten – Präventionsanreize erhöhen – Manipulationsanfälligkeit senken
- Wettbewerb stärken – Vielfalt erhalten
- Effizienzreserven heben – Versorgung optimieren – Qualität verbessern
- Prävention ausbauen – Krankheiten vermeiden – Betriebliche Gesundheitsförderung stärken
- Innovationen fördern und als Investition begreifen
- Pflege stärken – demografische Herausforderungen annehmen – Pflegebedürftigkeitsbegriff umsetzen
- Patientenrechte und Patientensouveränität stärken
- Selbstverwaltung stärken – Sozialwahlen aufrechterhalten
- Fehlverhalten im Gesundheitswesen: Korruption und Manipulationen strafrechtlich verfolgen
- Systemkonstrukt GKV-PKV: Märkte definieren – Handlungsrahmen abgrenzen
- Europa: Autonomie wahren – Chancen nutzen

Schwerpunkt dieser Ausgabe Selbstverwaltung stärken

Nach der Sozialwahl 2011 steht einmal mehr das Wahlsystem der sozialen Selbstverwaltung im politischen Blickpunkt. In ihrem Bericht formulieren die Beauftragten für die Sozialwahlen, Gerald Weiß und Klaus Kirschner, eine Vielzahl von Reformvorschlägen. Einige davon werden schon seit langem diskutiert. Einige könnten tatsächlich noch in der Legislaturperiode umgesetzt werden.

Im Vordergrund der Forderungen steht die Veränderung der Wahl in Richtung einer Urwahl. Die sogenannte Friedenswahl soll der Vergangenheit angehören. Der IKK e.V. will die Option einer Friedenswahl aber nicht streichen. Denn Sozialwahlen sind keine Personalwahlen. Im Vordergrund der Sozialwahlen stehen nicht die Personen, sondern die unterschiedlichen Gruppen auf Seiten der Arbeitnehmer – wie etwa Gewerkschaften oder Versicherungszusammenschlüsse – und der Arbeitnehmer – hier insbesondere unterschiedliche Betriebe, Innungen, Branchen bzw. Arbeit-

geberverbände. Eine Sozialwahl, die auf Personen fokussiert ist, macht auch einen Persönlichkeitswahlkampf notwendig. Der Aufwand würde den Nutzen bei weitem überschreiten.

Interessanterweise möchte die Politik die demokratische Legitimation der Selbstverwaltung erhöhen. Doch ob sie dabei auch an eine Stärkung der Selbstverwaltung denkt?

Der Subsidiaritätsgedanke, der quasi idealtypisch mit der sozialen Selbstverwaltung verwirklicht wurde, ist heute oft nur noch zu einem Lippenbekenntnis degradiert worden.

Die Politik mischt sich mehr und mehr in Dinge ein, die sie eigentlich subsidiär delegiert hatte. Wie kann es sein, dass die Politik bestimmte Krankenkassen zur Ausschüttung von Prämien nötigt, wenn die Selbstverwaltung dieser Krankenkassen dies nicht will?

Wie kann es sein, dass das Gesundheitsministerium den Beitragssatz bestimmt? Wie kann es sein, dass Politik im Rahmen von Verhandlungen allzu oft das gewünschte Ergebnis öffentlichkeitswirksam vorgibt und damit Verhandlungen ad absurdum führt?

Das ist das eigentliche Problem, mit dem die Selbstverwaltung zu kämpfen hat, und dies gilt es zu lösen.

Forderungen des IKK e.V.

- Das Prinzip der Selbstverwaltung in der GKV muss gestärkt werden. Ein erster Schritt ist hierzu die Wiedereinführung der vollständigen Beitragssatzautonomie.
- Die Verankerung der Selbstverwaltung bei den Sozialpartnern ist angemessen und hat sich bewährt. Eine Erweiterung der Listenfähigkeit wird abgelehnt.
- Die Innungskrankenkassen sehen Bestrebungen kritisch, nach denen aus den Listenwahlen grundsätzlich Personalwahlen werden sollen. Ein Persönlichkeitswahlkampf entspricht nicht dem Charakter von Sozialwahlen.
- Die Arbeit der Selbstverwaltung muss stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Denn nur Transparenz über ihre Aufgaben und Einflussmöglichkeiten kann die Akzeptanz der Selbstverwaltung erhöhen. Hierzu zählt auch die alters- wie geschlechtsbezogene Ausgewogenheit der Selbstverwalter.
- Die Friedenswahl hat sich bewährt. Urwahlen sind nur dort sinnvoll, wo tatsächlich mehr Kandidaten als Listenplätze vorhanden sind. Es muss den Listenträgern überlassen bleiben, wie viele Kandidaten aufgestellt werden.
- Die Parität von Versicherten- und Arbeitgebervertretern ist zu erhalten oder herzustellen. Auch in Zukunft sind sie die tragenden Säulen unseres Gesundheitssystems.

Was wir tun

7. Plattform Gesundheit



Elke Ferner, stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mit mehr als 150 Teilnehmern fand am 24. Oktober 2012 unsere 7. Plattform Gesundheit statt. Bei der Veranstaltung mit dem Titel „Morgen ganz privat – Unternehmen GKV AG?“ in der Kalkscheune diskutierten die stellvertreten-

den Fraktionsvorsitzenden Johannes Singhammer und Elke Ferner, mit Vertretern aus Wissenschaft, Gesundheitswesen und Krankenversicherung, über die Zukunft des dualen Gesundheitssystems: Wird der Krankenversicherungsmarkt umfassend neugestaltet, beispielsweise in Richtung einer Bürgerversicherung, oder gibt es eher eine schrittweise Weiterentwicklung von GKV und PKV?

Das Fazit aus der 7. Plattform Gesundheit: Das System der dualen Krankenversicherung wird in Deutschland vorerst aus guten Gründen weiter bestehen, wobei durchaus Verbesserungsbedarf besteht. Eine umfangreiche Dokumentation, Videos sowie eine Bildergalerie zur Veranstaltung finden Sie unter <http://www.ikkev.de/aktivitaeten/aktivitaeten-des-ikk-ev/>

Die 8. Plattform Gesundheit findet am 14. März 2013 statt. Bitte merken Sie sich den Termin vor!

Stellungnahmen des IKK e.V.: Patientenrechte

Der Bundestag hat das Patientenrechtegesetz beschlossen. Der IKK e.V. hat hierzu eine schriftliche Positionierung abgegeben. Darin begrüßt der IKK e.V. die geplante Regelung, die es dem Versicherten ermöglicht, bei einer unnötig säumigen Leistungsentscheidung der Krankenkasse diese in Verzug zu setzen. Diese Regelung entspricht der (mittlerweile wettbewerblich geprägten) Verwaltungspraxis und -realität und erscheint in den wenigen überhaupt denkbaren Anwendungsfällen unter versorgungspolitischen Gesichtspunkten durchaus als sinnvoll. Im weiteren Verfahren wurde diese Regelung leider aber noch einmal ver-

Was wir sagen

Elektronische Gesundheitskarte bei der IKK: Die meisten sind schon im Einsatz! – [PM vom 29. November 2012](#)

Knapp eine halbe Million IKK-Südwest-Versicherte sind bereits im Besitz der neuen Gesundheitskarte – [PM vom 20. November 2012](#)

Elektronische Gesundheitskarte - IKK Nord deckt bereits jetzt schon die Quote ab – [PM vom 15. November 2012](#)

IKK classic schließt zum 1. Januar 2013 neue Rabattverträge - [PM vom 5. November 2012](#)

IKK e.V.: Die Solidarsysteme brauchen eine verlässliche Finanzplanung - [PM vom 5. November 2012](#)

IKK e.V.: GKV/PKV: Gemeinsamer Versicherungsmarkt nicht in Sicht - [PM vom 25. Oktober 2012](#)

Was wir gelesen haben

„Es geht darum, dass wir überhaupt keine Sklaven und keine Kettenhunde mehr sein wollen!“

Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, in seinem Bericht an die KBV-Votreterversammlung am 28. September 2012

schärft, so dass die Kritiker wieder zu Wort kommen, die befürchten, dass die Kassen gezwungen sein könnten, durch ablehnende Bescheide die Fristen formal zu erfüllen. Dies kann nicht im Interesse der Versicherten sein.

Abgelehnt hat der IKK e.V. das Vorhaben der Bundesregierung, dem GKV-Spitzenverband die gesundheitspolitische Interessenvertretung gegenüber zwischen- und überstaatlichen Institutionen zu übertragen. Derzeit übernehmen die Spitzenverbände der Kranken- und Pflegekassen auf Bundesebene, zu denen der IKK e.V. gehört, diese Aufgabe. Eine Veränderung der bisher erfolgreichen Aufgabenverteilung ist nicht sinnvoll.

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen e.V., Hegelplatz 1, 10117 Berlin, info@ikkev.de. Der IKK e.V. ist die gemeinsame Interessenvertretung von IKK Brandenburg und Berlin, IKK classic, IKK gesund plus, IKK Nord und IKK Südwest.

Redaktion: Dr. Clemens Kuhne, Iris Kampf | Pressesprecherin: Fina Geschonneck | Verantwortlich: Jürgen Hohnl, Geschäftsführer

Sie können BLIKKWINKEL jederzeit per Mail, Telefon oder Fax wieder abbestellen (Tel. 030 202491-0; Fax 030 202491-50)